

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Volker Block
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Ausschussmitglied Susanne Kempcke

Mitglied CDU-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Olaf Werner

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Beigeordneter Markus Bulla

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussvorsitzende Frank Uwe Walpurgis

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Michael Kieseewetter

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Ulf Berner
Grundmandat Detlef Stump

Aus der Verwaltung

Stadtrat Thomas Bruns
Referatsleiter Jens Müll
Fachbereichsleiter Personalservice Gerd-Dieter Mönck
Protokollführerin Katharina Born

Als Gast

Vorsitzender Gesamtpersonalrat Norbert Weinberg

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 29.11.2021
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Antrag Ratsherr Hager zur Vermeidung des N*Wortes **502/2022**
- 5 Mitteilungen und Anfragen

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Walpurgis** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 29.11.2021

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des PG vom 29.11.2021 wurde einstimmig genehmigt.

4 **Vorlagen an den Rat**

4.1 Antrag Ratsherr Hager zur Vermeidung des N*Wortes

502/2022

Herr Block trug den Beschlussvorschlag vor. Der Vorsitzende **Herr Walpurgis** dankte für den Vortrag und bat um Wortmeldungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat

1. weißt die Verwaltung an, die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Wilhelmshaven umzusetzen und insbesondere anzuerkennen, dass jegliche Verwendung des N*Wortes¹ rassistisch ist.

2. setzt sich dafür ein, dass jegliche Verwendung des N*Wortes in der Stadt Wilhelmshaven vermieden und geächtet wird, sodass „Schwarze“ Personen und People of Color ein respektvolles und diskriminierungsfreies Leben in Wilhelmshaven führen können.

3. und die Verwaltung missbilligen ausdrücklich jegliche Verwendung des N*Wortes.

Begründung:

Das N*Wort wird von vielen Schwarzen Menschen und PoC mit Leid, Diskriminierung, Gewalt, Ungleichheit und Entmenslichung verbunden. Mit dem N*Wort sind eine Vielzahl von rassistischen Stereotypen verbunden. Diese Stereotypen umfassen Sexualrepressionen, wie Trieb- und Naturhaftigkeit, Kulturlosigkeit, Viktimisierung, Infantilisierung sowie Entfremdung (Othering). Diese führen u. A. zu Ohnmachtserfahrungen und psychischen Erkrankungen.

Als europäisches Konstrukt der Kolonialzeit wird es verwendet, um eine rassistische Unterscheidung herzustellen, Machtverhältnisse zu untermauern und unterdrückende Strukturen zu festigen. Diese Erfahrungen sind auch weiterhin im Bewusstsein verankert. Auch wenn in der jüngsten Zeit vermehrt das N*Wort im satirischen oder komödiantischen Kontext auftaucht, so darf dies nicht über tiefe Verletzungen hinwegtäuschen.

Seit 2015 haben die Vereinten Nationen die Dekade für Personen afrikanischer Herkunft ausgerufen. Damit erkennt die internationale Gemeinschaft an, dass Personen afrikanischer Herkunft eine eigenständige Gruppe darstellen, deren Menschenrechte gefördert und geschützt werden müssen. Insbesondere Personen, die außerhalb von Afrika leben, sollen in dieser Dekade in den Vordergrund gestellt werden.

Ziele der UN-Dekade sind

- die Förderung der Achtung, des Schutzes und der Einhaltung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten,
- die Förderung einer besseren Kenntnis und Achtung des vielfältigen Erbes, der Kultur und des Beitrags von Personen afrikanischer Herkunft zur Gesellschaftsentwicklung,
- der Schutz vor Rassismus und Diskriminierung.

Bis 2024 sollen alle Staaten sich diesen Zielen verschreiben.

Wilhelmshaven kann bei Antragsannahme so als moderne, vielfältige und zukunftsorientierte Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und das harmonische Zusammenleben fördern. Ähnliche Anträge wurden bereits von anderen deutschen Städten verabschiedet. Das Jugendparlament hat diesen Antrag auf seiner Sitzung vom 16.12.2021 beschlossen und um Vorlage im Rat gebeten.

1 N*Wort meint die rassistische Bezeichnung „Neger“

5 Mitteilungen und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 14:55 Uhr

Thomas Bruns
Stadtrat

Frank Uwe Walpurgis
Vorsitzender

Katharina Born
Protokollführerin